



AUSGABE 01/2022 – 04. FEBRUAR



GÜNTER RUDOLPH

Fraktionsvorsitzender

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

in der zurückliegenden Plenarwoche hat der Hessische Landtag den Haushalt für das Jahr 2022 beschlossen. Erwartungsgemäß haben die Regierungsfaktionen von CDU und Grünen mit ihrer Einstimmen-Mehrheit die Änderungsanträge der Opposition – also auch die der SPD – ausnahmslos abgelehnt. Schwarzgrün handelt weiterhin nach der Maxime: „Mehrheit ist Wahrheit“ – und sei die Mehrheit auch noch so knapp. Seit zwei Jahren stehen viele unserer Plenardebatten im Zeichen der Corona-Pandemie und ihrer Folgen. So auch in dieser Woche, als der Landtag unter anderem über die unangemeldeten Demonstrationen von Impfverweigerern und Corona-Leugnern gegen die Infektionsschutzmaßnahmen des Bundes und Länder diskutiert hat.

Diese Veranstaltungen – von den Organisatoren verharmlosend als „Montagsspaziergänge“ bezeichnet – zeigen jede Woche aufs Neue, dass sich eine kleine, aber lautstarke Minderheit zusehends radikalisiert. Dabei mischen sich Menschen, die ein diffuses Unbehagen gegenüber staatlichen Maßnahmen empfinden, mit Verschwörungstheoretikern und Rechtsextremen von der NPD, der Identitären Bewegung und radikalen Splittergruppen wie „Der III. Weg“ – eine gefährliche Mischung. Die Versammlungsfreiheit ist ein essentielles Grundrecht der Demokratie und darf nicht angetastet werden. Aber wer mit Staatsfeinden und Demokratieverächtern auf die Straße geht, muss wissen, dass er auf der falschen Seite steht.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Günter Rudolph



SCHWARZGRÜN TAUMELT DEM ENDE ENTGEGEN

LANDESHAUSHALT



Der Hessische Landtag hat diese Woche den Landeshaushalt 2022 beschlossen. Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Marius Weiß, nannte die damit verbundene Auflösung des schwarzgrünen Schattenhaushalts einen guten Tag für den Parlamentarismus und ein Eingeständnis des Scheiterns der Landesregierung. „Wir haben CDU und Grünen gesagt und aufgezeigt, dass es ohne Schattenhaushalt

geht, der Staatsgerichtshof hat die Landesregierung dazu verpflichtet und die Regierungsfractionen mussten umsetzen, wovon Sie immer behauptet haben, dass es gar nicht ginge. Der Spruch ‚Schlauer ist man hinterher‘ wird so langsam ein Leitmotiv von Schwarzgrün in Hessen.“

Der Landeshaushalt und die schwarzgrünen Änderungsanträge seien erneut ambitionslos und bezeichnend für das Nicht-Wirken dieser Landesregierung. Die SPD habe sich in der Corona-Krise verantwortungsvoll gezeigt und werde auch weiterhin alles unterstützen, was notwendig sei, um die Gesundheit der hessischen Bevölkerung zu schützen, die Wirtschaft zu stützen und soziale Härte zu vermeiden. Deshalb habe man

auch für Änderungsanträge der Regierungskoalition gestimmt, die diese Ziele hätten. „Wir hätten uns nur gewünscht, dass CDU und Grüne auch mal über ihren Schatten gesprungen wären, als es um über 100 Vorschläge seitens der SPD ging, den Haushalt zu verbessern“, so der finanzpolitische Sprecher. CDU und Grüne hätten so zahlreiche SPD-Anträge abgelehnt, die sie anderswo unterstützen. So haben die Grünen gegen Präventionsarbeit gegen Häusliche Gewalt, mehr Personal für Hessen Forst und eine stärkere Finanzierung des ÖPNV gestimmt. Die CDU stimmte gegen die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, gegen Zulagen für die Polizei und gegen eine angemessene personelle Ausstattung der hessischen Justiz, so Weiß.

MEHR MITBESTIMMUNG AM UKGM

„Die Privatisierung des Uniklinikums Gießen und Marburg war ein Fehler, für den das Land heute teuer bezahlt“, stellte die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Dr. Daniela Sommer, in der Debatte im Landtag fest. „Ministerpräsident Koch hatte die Privatisierung noch damit begründet, dass künftige Investitionen von der Rhön-Klinikum AG übernommen würden und der Landeshaushalt dadurch entlastet werde. Wenn das Land eine halbe Milliarde in das UKGM investiert, muss es eine Gegenleistung geben. Das können Gesellschaftsanteile, mehr Einfluss auf die Unternehmenspolitik, oder vielleicht ein Sitz im Aufsichtsrat sein. Vor allem sollte

Einfluss auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen möglich sein, denn das käme nicht nur den Beschäftigten, sondern auch den Patientinnen und Patienten zugute.“ Leider bleiben die Vereinbarungen sehr vage und die Landesregierung habe es bisher nicht geschafft, dafür Sorge zu tragen, dass jene, die die Gesundheitsversorgung aufrechterhalten, von den Investitionen profitierten. „Schlimmer noch, denn sieht man sich die aktuelle Beantwortung der Anfragen zu Überlastungs- und Risikoanzeigen an, schaut das Land einfach weg. Das Land Hessen subventioniert ein börsennotiertes Unternehmen. Die Landesregierung trägt die Verantwortung,



wenn Missstände und Hiobsbotschaften zukünftig weiterhin zur Tagesordnung gehören. Es ist Aufgabe der Landesregierung, endlich Abhilfe zu schaffen“, so Dr. Sommer. Sie fordere daher, dass die Arbeitsbedingungen und eine faktische Entlastung und Unterstützung von Beschäftigten in den Anschlussvereinbarungen enthalten sein sollten.

KEIN ZURÜCKWEICHEN DES RECHTSSTAATS

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP



In der Debatte über die so genannten „Corona-Spaziergänge“, die zunehmend von Rechtsextremisten organisiert und beworben werden, sagte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Günther Rudolph: „Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist unantastbar, kein Demokrat und keine Demokratin wird dies jemals in Frage stellen. Zur Demokratie gehört es auch, zu ertragen, dass auf Demonstrationen Meinungen kundgetan werden, die man selber nicht teilt. Es gehört aber auch dazu, dass man darauf hinweisen kann und muss, wenn Versammlungen und Demonstrationen von Demokratiefeinden gekapert werden. Und genau das passiert bei den Versammlungen, bei denen Impfgegner und Corona-Leugner Seite an Seite mit Rechtsextremen demonstrieren – von der NPD über die Identitäre Bewegung bis zum III. Weg. Und die AfD macht massiv Werbung für diese Veranstaltungen. Um es ganz deutlich zu sagen: Wer mit diesen Verächtern unserer freiheitlichen Demokratie auf die Straße geht, wer gemeinsam mit ihnen den Staat und seine Institutionen in Frage stellt, der steht auf der falschen Seite.“ Die angeblich

friedlichen Veranstaltungen böten ein erhebliches Potential an Hetze und Gewaltbereitschaft: „Aus Worten werden Taten und aus angeblich harmlosen ‚Spaziergängen‘ werden echte Bedrohungen, wenn dazu aufgerufen wird, vor die Wohnungen und Häuser von Politikern und Wissenschaftlerinnen zu ziehen, die sich den verqueren Thesen der Corona-Leugner entgegenstellen. Der Innenminister muss sicherstellen, dass das Versammlungsrecht eingehalten wird und dass die örtlichen Ordnungsbehörden hinreichend von der Polizei unterstützt werden. Wenn bei den Corona-Demonstrationen Recht und Gesetz nicht durchgesetzt werden können, werden interessierte Kreise das als Zurückweichen des Rechtsstaates interpretieren. Und das müssen wir unbedingt verhindern.“

PAPIER IST GEDULDIG

In der Debatte zum „Zukunftspakt Mobilfunk“ erwiderte der digitalpolitische Sprecher Bijan Kaffenberger: Beim sogenannten ‚Zukunftspakt Mobilfunk‘ ist die Tinte kaum trocken und doch wissen wir schon jetzt, dass Papier geduldig ist. Bereits 2018 konnten wir dies beim angekündigten Mobilfunk-Förderprogramm beobachten. Mit Hilfe des von der Landesregierung angelegten Förderprogramms wurde bislang noch kein einziger Mobilfunkmast gebaut. Demnach wird seit bereits drei Jahren auf den ersten Förderbescheid, also



das erste Papier, auf welchem das Wort ‚Förderbescheid‘ zu lesen ist, gewartet.“ Für lückenlosen Empfang brauche es keine Förderprogramme oder Mobilfunkpakete der Landesregierung. Jedoch brauche es klare Regeln und Vorgaben. „Ich erwarte von der Ministerin, dass zugesagte Masten auch gebaut werden. Und die Überprüfung der Einhaltung des hessischen Mobilfunkpakts. Sonst heißt es in Hessen ‚Nichts genaues weiß man nicht!‘“

OMIKRON-WELLE IN KITAS NICHT LÄNGER AUSSITZEN

Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Lisa Gnadl, forderte in der Debatte zur Corona-Situation in den hessischen Kindertagesstätten ein flächendeckendes, verpflichtendes Kita-Testkonzept, um das Infektionsgeschehen einzudämmen. „Das ist auch deshalb geboten, damit die Betreuungs- und Bildungseinrichtungen nicht wieder geschlossen werden – weder landesweit noch lokal“, so Gnadl. Auch müsse das Land endlich die kompletten Kosten der Tests für Kita-Kinder übernehmen. „Nur so stellen wir sicher, dass alle Kinder von den Tests profitieren können. Der Gesundheitsschutz der Kinder, ihrer Familien und Erzieherinnen und Erzieher darf weder vom Geldbeutel der Eltern, noch von der Haushaltssituation der Kommunen und Träger abhängig sein“, forderte Gnadl. Die Omikron-Variante mache gezwungenermaßen die Einführung einer Testpflicht mit kindgerechten Schnelltests notwendig.



UNVERZICHTBARES INSTRUMENT

MIETSPIEGEL



Ebene für die Erstellung sind. Zur Durchsetzung der Mietpreisbremse und der Kappungsgrenzenverordnung, die sowohl bei Neuvermietungen als auch bei Bestandsmieten Mieterhöhungen in überhitzten Märkten begrenze, seien Mietspiegel ein unverzichtbares Element. Elke Barth, wohnungspolitische Sprecherin der

Der Hessische Landtag hat über das Gesetz über die Zuständigkeit für die Erstellung und Anerkennung von Mietspiegeln beraten. Damit wird für die vom Bundestag unter SPD und CDU beschlossene Reform des Mietspiegelrechts in Hessen festgelegt, dass die zwölf Kommunen mit mehr als 50.000 Einwohnern, die künftig verpflichtend Mietspiegel erstellen müssen, auch selbst die zuständige

SPD-Fraktion: „Mietspiegel liefern wichtige Festlegungen über die ortsübliche Vergleichsmiete. Ohne Mietspiegel ist die Mietpreisbremse oft nur ein stumpfes Schwert.“ Sie begrüße in diesem Zusammenhang, dass der Betrachtungszeitraum von Mietspiegeln im Bund von vier auf sechs Jahre erhöht wurde und die neue Ampel-Koalition sogar eine weitere Erhöhung auf sieben Jahre plane.

VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF



Mit einem Gesetzentwurf zur Erleichterung der temporären Reduzierung der Mindest-Wochenstundenzahl will die SPD-Fraktion hessischen Beamtinnen und Beamten eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf ermöglichen. „Mit diesem Gesetz könnten hessische Beamtinnen und Beamte in Anspruch nehmen, was Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamten in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz schon längst zugestanden wird: die Reduzierung der Arbeitszeit auf 15 Wochenstunden für einen begrenzten Zeitraum, wenn es die jeweilige Tätigkeit zulässt“, so die SPD-Abgeordnete Karin Hartmann.

WEHRHAFFE DEMOKRATIE IST ELEMENTAR

RICHTERANKLAGE



nannten Richteranklage gegen einen hessischen Verwaltungsrichter: „Mit unserem Antrag wollen wir einen Prozess anstoßen. Wir wollen nichts weniger als die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie sicherstellen. Unser Rechtsstaat hat immer wieder mit Fällen zu tun, bei welchen die Verfassungstreue von Beam-

Der rechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Gerald Kummer, sagte in der Debatte zur Prüfung einer so ge-

ten, Staatsanwältinnen oder sogar Richtern in Frage gestellt werden kann. Was aber passiert mit diesen Personen und wie kann unser

Rechtsstaat reagieren? Zuletzt ist diese Frage in Sachsen aufgekommen, wo die vermeintlich wehrhafte Demokratie dem ehemaligen AfD-Bundestagsabgeordneten und beurlaubten Richter Jens Maier kampflös das Feld zu überlassen scheint. Dies darf in Hessen nicht passieren. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Befangenheit des Richters am VG Gießen zwingt uns zum Handeln.“ Die SPD-Fraktion plane, mit dem Antrag den Vorgang der Richteranklage anzustoßen. Das abschließende Urteil gebühre selbstverständlich dem Bundesverfassungsgericht.

GESCHEHENES UNRECHT AUFARBEITEN

Der sogenannte „Radikalenerlass“ aus dem Jahr 1972 hat bei den Betroffenen, ihren Familien sowie Angehörigen vielfach Leid erzeugt, Angst geschürt und Unrecht verursacht.



Insgesamt kam es hierbei zu rund 11.000 offiziellen Berufsverbotsverfahren, 2.200 Disziplinarverfahren, dabei 1.250 Ablehnungen von Bewerbern sowie 265 Entlassungen. Besonders im Visier waren hierbei Lehrkräfte, Beschäftigte an Hochschulen oder in der Justiz, aber auch Postboten oder Eisenbahner. Dazu sagte die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Heike Hofmann, im Rahmen der Plenardebatte: „Es bedarf nach wie vor einer konsequenten Aufarbeitung erlittenen Unrechts.“

Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle allen aktiven Betroffeneninitiativen, wie beispielsweise dem ‚Bündnis Berufsverbote Hessen‘, die seit Jahren unbeirrt und hartnäckig für Aufarbeitung und Rehabilitation kämpfen und auch all diejenigen, die am heutigen Tag mit einer Mahnwache auf dem Dern’schen Gelände in Wiesbaden erinnern, appellieren und im Sinne unseres Antrags die Rehabilitation der Betroffenen fordern. Die SPD-Landtagsfraktion fordert mit ihrem Entschließungsantrag sowohl eine Anlaufstelle, als auch eine Kommission zur Aufarbeitung der Schicksale der von hessischen Berufsverboten betroffenen Personen nach dem Vorbild Niedersachsens.“

DIGITALISIERUNG ERNST NEHMEN

In einer Debatte über die Frage, wie die Digitalisierung der Schulen zu mehr Bildungsgerechtigkeit und einer besseren individuellen Lernförderung beitragen



kann, stellte Kerstin Geis fest: „Niemand bestreitet, dass digitale Hilfsmittel die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern unterstützen können – aber es ist die schwarzgrüne Regierungskoalition, die für diese Erkenntnis bis heute gebraucht hat und die trotzdem aus dieser Erkenntnis kein schlüssiges Regierungshandeln ableiten kann. Es gab in den zwei Corona-Jahren, die hinter uns liegen, erhebliche Versäumnisse in der digitalen Entwicklung, die Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler ausbaden mussten. Alles, was in Sachen Digitalisierung auf der technische Seite geschehen ist, ist geschehen, weil der Bund das Geld lockergemacht hat. Der hessische Eigenbeitrag reduzierte sich auf das unbedingte Mindestmaß bei Kofinanzierungsprojekten. Das kann so nicht bleiben.“

ARBEITSZEITGESETZ AUSGEHEBELT

12-STUNDEN-TAG & SONNTAGSARBEIT?

NICHT MIT UNS.

DIE AUSSETZUNG DES SONNTAGSSCHUTZES UND DER GESETZLICHEN HÖCHSTARBEITSGRENZE IST EIN SCHLAG INS GESICHT DER BESCHÄFTIGTEN.

SPD Fraktion im Hessischen Landtag

des gesetzlichen Sonntagschutz scharf kritisiert. „Das ist ein großer Fehler und für die Beschäftigten ein Schlag ins Gesicht. Nach zwei Jahren Pandemie ist die Pflege der Dauerbelastung und auch der Gefahr hautnah ausgesetzt“, kritisierten die Sprecherinnen der SPD-Fraktion. „Nach anfänglichem Klatschen ist nichts passiert. Personalmindeststandards, Höhergruppierungen, finanzielle Anerkennung – das sind die Stellschrauben, um nachhaltig zu handeln und die Situation im Gesundheitswesen dauerhaft zu verbessern.“

Dr. Daniela Sommer und Lisa Gnadl haben die Verordnungen zur Aussetzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeitgrenze und

IMPRESSUM:

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

REDAKTION:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Cord Wilke,
Martina Häusl-David,
Luisa Neurath,
Christina Schäfer.

BILDER:

Angelika Aschenbach, Stefan Kruttsch.